Bericht/Antwort gem. KV M-V Verfasser/-in: Domschat-Jahnke, Nadine	Nr.	VO/2022/4227-01
	Datum:	16.02.2022
Aussetzung der Durchsetzung der Sondernutzungssatzung		

Status	Gremium	Zuständigkeit
Öffentlich	Bürgerschaft der Hansestadt Wismar	Anfrage / Antwort / Bericht

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur Fraktionsvorlage VO/2022/4227 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen mit dem Beschlussvorschlag

Die Bürgerschaft beschließt, dass die Durchsetzung der Sondernutzungssatzung für nichtgewerbliche Nutzer ausgesetzt wird, bis die Bürgerschaft den Beschluss VO/2021/4075-02 abschließend bearbeitet hat.

werden nachfolgende Hinweise gegeben:

Die geltende Sondernutzungssatzung ist rechtswirksam und die Verwaltung ist damit an deren Umsetzung bzw. Durchsetzung gebunden.

Eine wie hier vorgeschlagene Beschlussfassung ist formellrechtlich nicht möglich, da damit keine Änderung der Sondernutzungssatzung erwirkt werden kann. Dies kann nur über ein Satzungsänderungsverfahren erfolgen.

Aus dem zuvor genannten Grund wäre ich folglich gezwungen, einem entsprechenden Beschluss gemäß § 33 Abs. 1 KV M-V zu widersprechen.

Auch im Falle eines Satzungsänderungsverfahrens ist darauf hinzuweisen, dass dieses mit der gesetzlichen Grundlage des Straßen- und Wegegesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern (StrWG-MV) konform sein muss.

Anlage/n:
keine

(Diese Vorlage wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.)